

DEVAP-Pressemitteilung, 12.02.2021

Existenzgefährdung statt Unterstützung

Nach anfänglichem Applaus droht nun den Pflegeeinrichtungen der wirtschaftliche Ruin

Der Deutsche Evangelische Verband für Altenarbeit und Pflege e.V. (DEVAP) äußert sich zur geplanten Verlängerung der Sonderregelungen wegen der epidemischen Lage (EpiLage-Fortgeltungsgesetz) und dem Sozialdienstleistungsgesetz (SodEG).

„Bisher fühlten sich unsere Einrichtungen durch den bestehenden Schutzschirm für die Pflege weitestgehend gut unterstützt“, so Wilfried Wesemann, Vorsitzender des DEVAP.

„Nun fürchten unsere Einrichtungen, sollten die geplanten Regelungen so umgesetzt werden, um ihre Existenz.“

Sollten die Regelungen so bleiben, wie sie im Entwurf stehen, könnten die Einrichtungen ab April 2021 aus dem Rettungsschirm keine Unterstützung mehr in Anspruch nehmen, um coronabedingte Mindereinnahmen auszugleichen, denn diese könnten nur noch aufgrund behördlicher Anordnungen oder landesrechtlichen Verordnungen geltend gemacht werden.

„Es scheint, als hätte die Bundesregierung genau da, wo der Schutz am dringendsten gewährleistet sein muss, vergessen, dass die Pandemie noch nicht vorbei ist“, kritisiert Wesemann scharf. „Während der Lockdown immer weiter verlängert wird, sollen die Pflegeeinrichtungen, um finanziell bestehen zu können, zum Normalbetrieb zurückkehren. Das ist im höchsten Maße widersprüchlich.“

An eine Normalität ist aus Sicht des DEVAP in den kommenden Wochen und Monaten nicht zu denken. Wie sich die pandemische Lage entwickelt, ist noch viel zu unsicher, die Nachfrage nach Pflegeplätzen aufgrund von Ängsten und finanziellen Engpässen durch Kurzarbeit der Angehörigen stark zurück gegangen. Die Rückkehr zu einer normalen Auslastung wird einen längeren Zeitraum beanspruchen.

„Damit droht denen die wirtschaftliche Schiefelage, denen noch zu Beginn der Pandemie applaudiert wurde“, so Wesemann abschließend. „Unbeirrt bürdet man immer weiter genau denen Lasten auf, die für die Sicherheit der besonders betroffenen Gruppen verantwortlich sind. Der Rettungsschirm für die Pflege muss vollumfänglich mindestens bis zum Sommer verlängert werden. Es kann nicht sein, dass hierüber überhaupt diskutiert werden muss.“

Kontakt:

Anna Leonhardi

Geschäftsführerin

030 83001-277

E-Mail: info@devap.de